



Schriftenreihe  
der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte  
Band 55

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte  
Herausgegeben von Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz  
Redaktion: Wolfgang Benz und Hermann Graml

R. Oldenbourg Verlag München 1987

# Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland

Berichte der Schweizer Gesandtschaft in Bonn 1949–1955

Herausgegeben von Manfred Todt

ROU (1987)  
00054

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland:**

Berichte d. Schweizer Gesandtschaft in Bonn 1949-1955 / hrsg. von Manfred Todt. – München: Oldenbourg, 1987. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Bd. 55)  
ISBN 3-486-64555-2

NE: Todt, Manfred [Hrsg.]; Schweiz / Gesandtschaft <Deutschland, Bundesrepublik>; Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / Schriftenreihe

© 1987 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Satz und Druck: Hofmann-Druck, Augsburg

Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-64555-2

# Inhalt

|                                      |     |
|--------------------------------------|-----|
| Einleitung . . . . .                 | 7   |
| Zeittafel . . . . .                  | 11  |
| Berichte der Schweizer Gesandtschaft |     |
| 1949 . . . . .                       | 17  |
| 1950 . . . . .                       | 27  |
| 1951 . . . . .                       | 46  |
| 1952 . . . . .                       | 80  |
| 1953 . . . . .                       | 115 |
| 1954 . . . . .                       | 139 |
| 1955 . . . . .                       | 155 |
| Quellennachweis . . . . .            | 187 |

# Einleitung

Nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschland waren die Hoheitsrechte des Deutschen Reiches auf die Sieger übergegangen, die sie im Alliierten Kontrollrat gemeinsam ausübten. Die Schwierigkeiten und das Scheitern des Vier-Mächte-Regiments über Deutschland, das schließlich im Herbst 1949 zur Gründung zweier deutscher Nachkriegsstaaten führte, sind bekannt und hinlänglich dargestellt.<sup>1</sup> Ebenso sind die Gründerjahre der Bundesrepublik, die in diesem Band dokumentiert sind – und zwar erstmals durch diplomatische Berichte –, bereits Gegenstand einer umfangreichen wissenschaftlichen Literatur<sup>2</sup>, so daß Ereignisse, politische Entwicklungen und historische Details hier nicht weiter dargelegt oder erläutert werden müssen. Zur raschen Orientierung ist den Gesandtschaftsberichten jedoch eine knappe Zeittafel vorangestellt.

Diplomatische Beziehungen mit deutschen Stellen existierten in der Besatzungszeit nicht, das daran interessierte Ausland hatte seine Vertreter in Form von Militärmissionen beim Kontrollrat akkreditiert. Konsularische (oder diesen vergleichbare) Beziehungen bestanden auf zonaler Ebene, von normalem zwischenstaatlichem Verkehr konnte aber schon wegen der fehlenden Kompetenz auf deutscher Seite keine Rede sein. Die Schweiz spielte in gewisser Weise eine besondere Rolle, nicht zuletzt wegen des Kölner Generalkonsulats und der engen freundschaftlichen Verbindung zwischen dem langjährigen dortigen Amtsinhaber, Franz-Rudolph von Weiss, und Konrad Adenauer.<sup>3</sup> Die Wiederherstellung diplomatischer Kontakte war aber auch nach der Gründung der Bundesrepublik weder selbstverständlich noch eine Sache deutscher Kompetenz. Die fremden Diplomaten waren bei den Hohen Kommissaren der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die auf dem Petersberg bei Bonn residierten, beglaubigt, denn bis 1951 waren die drei Westmächte für die auswärtigen Angelegenheiten der jungen

<sup>1</sup> Vgl. Wolfgang Benz, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 1986; ders., Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, München 1984; Dietrich Staritz, Die Gründung der DDR. Von der Sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München 1984.

<sup>2</sup> Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer 1949–1957, Gründerjahre der Republik, Stuttgart und Wiesbaden 1981.

<sup>3</sup> Auf die Bedeutung dieser Beziehungen ist für die Jahre 1946 bis Mai 1949 erstmals von Hanns Jürgen Küsters und Hans Peter Mensing aufmerksam gemacht worden: Konrad Adenauer zur politischen Lage 1946–1949, Aus den Berichten des schweizerischen Generalkonsuls in Köln Franz Rudolf v. Weiss, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 32 (1984), S. 289–317. Mit der Anrede „Herr Minister“ ist jedoch nicht, wie Küsters und Mensing annehmen, der Bundesrat Petipierre gemeint, sondern der Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), früher als Politisches Departement (EPD) bezeichnet. S.a. Hanns Jürgen Küsters und Hans Peter Mensing (Hrsg.), Kriegsende und Neuanfang am Rhein. Konrad Adenauer in den Berichten des Schweizer Generalkonsuls Franz-Rudolph von Weiss 1944–1945, München 1986.

Bundesrepublik ausschließlich zuständig, und bis 1955 übten sie mindestens formal weiterhin die Vormundschaft aus.

In den Briefköpfen, unter denen die in diesem Buch abgedruckten Berichte der Schweizer Diplomaten nach Bern gesandt wurden, ist die komplizierte Ausgangslage und die allmähliche Normalisierung augenfällig: Der erste Bericht (16.9.1949) ist auf einem Bogen mit dem Kopf „Schweizerische Hauptvertretung für die Britische Zone“ geschrieben und die Berichte 2–4 sind auf Briefpapier des Schweizerischen Konsulats in Köln überliefert, dann (5, 7, 8, 11, 15–21) firmiert die eidgenössische Vertretung als „Schweizerische Diplomatische Mission bei der Alliierten Hohen Kommission in Deutschland“, hierauf (9, 10, 12, 13) als „Schweizerische Diplomatische Mission in Deutschland“ und schließlich ab 4. Juni 1951 (Berichte 22–83) heißt die Mission „Schweizerische Gesandtschaft bei der Bundesrepublik Deutschland“.

Drei der im folgenden abgedruckten Berichte aus dem November und Dezember 1949 (Nr. 2–4) stammen noch aus der Feder des Generalkonsuls von Weiss. Nach Abschluß seiner juristischen Studien war er 1920 als Kanzleisekretär in das Schweizerische Generalkonsulat in Köln eingetreten, wo er dreißig Jahre lang tätig blieb. 1928 wurde er zum Vizekonsul, 1935 zum Konsul und 1943 zum Generalkonsul befördert. Nach und nach war es Weiss gelungen, vielseitige und andauernde Beziehungen zu einflußreichen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur anzuknüpfen. In den letzten Kriegswochen bahnte er Kontakte zwischen amerikanischen Behörden und Adenauer an.

Die meisten Berichte schrieb Albert Huber (1, 5–50, 53–56, 59–67, 69–74, 79–83), der hauptamtliche Vertreter der Schweiz in Deutschland. Albert Huber hatte an der Universität Bern Rechtswissenschaften studiert und das sehr anspruchsvolle bernische Fürsprecherpatent erworben. Nach dem Ersten Weltkrieg war er Generalsekretär der dem Völkerbund unterstellten Gemischten Kommission für Oberschlesien in Kattowitz geworden. 1939 bis 1945 waltete er als schweizerischer Konsul und Generalkonsul in dem von Hitler-Deutschland besetzten Prag. 1948 wurde Huber zum Generalkonsul und Leiter der schweizerischen Vertretung in Frankfurt a.M. ernannt und fand dort rasch Kontakte zu den Politikern im Wirtschaftsrat der Bizone. Ein Jahr später erfolgte die Beförderung zum Minister und Chef der schweizerischen diplomatischen Mission bei der Alliierten Hohen Kommission und noch im gleichen Jahr zum Gesandten. 1957 erhielt er den Rang eines Botschafters.<sup>4</sup> Die Verbindungen, die Minister Huber zu den deutschen Politikern schuf, erwiesen sich als dauerhaft und als ein wertvolles diplomatisches Kapital, das für die schweizerisch-deutschen Beziehungen von bedeutendem Gewicht blieb. Albert Huber leistete eine hervorragende Aufbauarbeit, die, da der Krieg und das nationalsozialistische Regime eine tiefgreifende Entfremdung zwischen der Schweiz und Deutschland zurückgelassen hatten, großes Geschick er-

<sup>4</sup> Die Angaben verdanke ich dem Bundesarchiv Bern; vgl. „Bund“, 3.1.1959; „Neue Zürcher Zeitung“, 3.1.1959.

forderte. An Silvester 1958 starb der erst sechzigjährige hochqualifizierte Schweizer Diplomat nach längerem Krankenlager. Er hatte sich bei Adenauer und Heuss sowie bei allen wichtigen Dienststellen eines ungewöhnlichen Ansehens erfreut.

August Rebsamen, der die Berichte 51, 52, 57, 58, 68, 75–78 verfaßte, trat ebenfalls nach einem Studium der Rechtswissenschaften, das er mit der Promotion abschloß, 1945 beim Eidgenössischen Politischen Departement (EPD) als juristischer Beamter ein. 1951 wurde er ans Konsulat in Köln versetzt und blieb dort bis 1957. Von 1958 bis 1964 war er beim EPD in Bern Stellvertreter der Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten und versah anschließend bis zu seinem Rücktritt Ende 1974 das Amt des Generalkonsuls in Frankfurt.<sup>5</sup>

Die in der folgenden Auswahl publizierten Berichte sind weitgehend gekürzt, aber die im Verkehr mit Bern üblichen Anreden und Schlußformeln sind weggelassen worden. Die Fußnoten beschränken sich auf unumgänglich notwendige Erläuterungen, vorwiegend zu Personen. Berichtigt wurden im Text lediglich offensichtliche Schreibfehler, nicht jedoch sprachliche Eigenarten.

Die vorliegende Dokumentation ist mit freundlicher Unterstützung folgender Behörden und Personen entstanden: Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) bewilligte die Veröffentlichung der Politischen Berichte 1949–1955 der Schweizer Diplomaten in der Bundesrepublik Deutschland. Herr Dr. O. Gauye, Direktor des Schweizerischen Bundesarchivs, teilte mir wertvolle Hinweise über den persönlichen und politischen Werdegang der Schweizer Diplomaten mit. Herr Kohler vom Bundesarchiv erleichterte mit seiner Hilfsbereitschaft die Durchsicht des Quellenmaterials. Es liegt mir daran, dafür herzlich zu danken.

Langenthal, den 31. März 1987

Manfred Todt

<sup>5</sup> Mitteilung des Bundesarchivs Bern vom 10.1.1986; vgl. „Neue Zürcher Zeitung“, 30.11./1.12.1974.



# Zeittafel

|                |                                                                                                                                                                                                                                                 |
|----------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 14. 8.1949     | Wahlen zum Ersten Deutschen Bundestag.                                                                                                                                                                                                          |
| 7. 9.1949      | Konstituierung von Bundestag und Bundesrat.                                                                                                                                                                                                     |
| 12. 9.1949     | Wahl von Theodor Heuss zum Bundespräsidenten.                                                                                                                                                                                                   |
| 15. 9.1949     | Wahl von Konrad Adenauer zum Bundeskanzler.                                                                                                                                                                                                     |
| 21. 9.1949     | Inkrafttreten des Besatzungsstatuts. Amtsantritt der Hohen Kommissare François-Poncet, Robertson, McCloy.                                                                                                                                       |
| 7.10.1949      | Die Verfassung der DDR tritt in Kraft.                                                                                                                                                                                                          |
| 3.11.1949      | Der Bundestag entscheidet sich für Bonn als Sitz der Bundesorgane.                                                                                                                                                                              |
| 9./10.11.1949  | Außenministerkonferenz der drei Westmächte in Paris.                                                                                                                                                                                            |
| 11.–14.11.1949 | Besuch des amerikanischen Außenministers Acheson in der Bundesrepublik und Berlin.                                                                                                                                                              |
| 22.11.1949     | Petersberger Abkommen.                                                                                                                                                                                                                          |
| 13.–15. 1.1950 | Besuch des französischen Außenministers Schuman in Bonn                                                                                                                                                                                         |
| 3. 3.1950      | Unterzeichnung der französisch-saarländischen Abkommen in Paris.                                                                                                                                                                                |
| 10. 3.1950     | Rechtsverwahrung der Bundesrepublik gegen die Saar-Konventionen.                                                                                                                                                                                |
| 31. 3.1950     | Der Europarat lädt die Bundesrepublik und das Saarland zum Beitritt als assoziierte Mitglieder ein.                                                                                                                                             |
| 1. 4.1950      | Errichtung der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt.                                                                                                                                                                 |
| 9. 5.1950      | Bekanntgabe des Schuman-Plans in Paris und Bonn.                                                                                                                                                                                                |
| 11.–13. 5.1950 | Londoner Konferenz der drei Westmächte.                                                                                                                                                                                                         |
| 6. 6.1950      | Polen und die DDR erklären die Oder-Neisse-Linie zur endgültigen deutsch-polnischen Grenze.                                                                                                                                                     |
| 15. 6.1950     | Bundestag beschließt Beitritt zum Europarat.                                                                                                                                                                                                    |
| 20. 6.1950     | Eröffnung der Besprechungen in Paris über den Abschluß einer europäischen Montanunion unter Teilnahme Frankreichs, der Benelux-Staaten, Italiens und der Bundesrepublik, aber ohne Großbritannien.                                              |
| 25. 6.1950     | Beginn des Korea-Kriegs.                                                                                                                                                                                                                        |
| 26.10.1950     | Vorlage und grundsätzliche Billigung des Plevén-Plans in der französischen Nationalversammlung. Ernennung von Theodor Blank zum Wehrbeauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen. |

- 3.11.1950 Die Sowjetunion schlägt in einer Note an die Westmächte eine Außenministerkonferenz der Vier-Mächte über Deutschland vor.
15. 2.1951 Beginn der Beratungen über den Pleven-Plan in Paris.  
6. 3.1951 Revision des Besatzungsstatuts.
15. 3.1951 Wiedererrichtung des Auswärtigen Amts. Übernahme des Außenministeriums durch Bundeskanzler Adenauer.
18. 4.1951 Unterzeichnung des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).
5. 7.1951 Beginn der Vorkonferenz zwischen der Bundesrepublik und den drei westlichen Großmächten über die deutschen Auslandsschulden in London.
- 10.–14. 9.1951 Außenministerkonferenz der drei Westmächte in Washington.
24. 9.1951 Beginn der Verhandlungen zwischen Adenauer und den Hohen Kommissaren über die Ablösung des Besatzungsstatuts.
- 20.–22.11.1951 Pariser Konferenz der drei Westmächte mit dem Bundeskanzler. Billigung des Entwurfs des Generalvertrags.
- 3.– 7.12.1951 Erster offizieller Besuch des Bundeskanzlers in London.  
13.12.1951 Ratifizierung des Montanunion-Vertrags durch die französische Nationalversammlung.
- 21.12.1951 Aufhebung des Ruhrstatuts.
11. 1.1952 Ratifikation des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Bundestag.
31. 1.1952 Normenkontrollklage der SPD gegen den EVG-Vertrag.  
8. 2.1952 Grundsätzliche Zustimmung des Bundestages zum EVG-Vertrag.
28. 2.1952 Beginn der Londoner Schuldenkonferenz.
10. 3.1952 Stalin-Note zur Frage des deutschen Friedensvertrags.
- 20./21. 3.1952 Gespräche Adenauers mit Schuman und Eden in Paris über die Antwortnote an die Sowjetunion.
25. 3.1952 Antwortnote der drei Westmächte auf die sowjetische Note vom 10. März.
9. 4.1952 Sowjetunion bietet in neuer Note an die Westmächte freie gesamtdeutsche Wahlen an.
23. 4.1952 Adenauer erklärt Scheitern der deutsch-französischen Saarverhandlungen.
- 24.–26. 5.1952 Bonner Konferenz zwischen den drei Mächten und der Bundesrepublik.

26. 5.1952 Unterzeichnung des Generalvertrags (Deutschlandvertrag) und der Zusatzverträge in Bonn.
27. 5.1952 Unterzeichnung des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in Paris.
6. 6.1952 Karl Georg Pfleiderer (FDP) entwickelt seine Vorschläge zur Wiedervereinigung.
25. 7.1952 Inkrafttreten des Vertrags über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.
1. 8.1952 Wiederaufnahme der deutsch-französischen Saargesprache.
20. 8.1952 Tod des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher.
- 4.11.1952 Wahl Eisenhowers zum amerikanischen Präsidenten.
- 5.12.1952 Bundestag stimmt den Westverträgen in zweiter Lesung zu.
20. 1.1953 Vereidigung Eisenhowers als amerikanischer Präsident. John Forster Dulles US-Außenminister.
24. 4.1953 Bundesrat beschließt, Stellungnahme zu den Westverträgen bis zu einem Gutachten des Bundesverfassungsgerichts zu vertragen.
11. 5.1953 Premierminister Churchill fordert Ost-West-Gipfelkonferenz.
2. 7.1953 Bundestag verabschiedet Grundsätze zur Behandlung der Saarfrage.
- 10.–14. 7.1953 Washingtoner Außenministerkonferenz der drei Westmächte.
15. 7.1953 Die drei westlichen Großmächte schlagen eine Viermächte-Konferenz über Deutschland vor.
27. 7.1953 Waffenstillstand in Korea.
6. 9.1953 Wahlen zum Zweiten Deutschen Bundestag.
25. 1.–18. 2.1954 Außenministerkonferenz der Vier Mächte über Deutschland in Berlin.
9. 3.1954 Verhandlungen zwischen Adenauer und Bidault über die Saarfrage in Paris.
26. 4.1954 Beginn der bis 21. Juli andauernden Ostasienkonferenz in Genf.
- 19./20. 5.1954 Besprechungen zwischen Adenauer und dem stellvertretenden französischen Ministerpräsidenten Teilgen über die Saarfrage.
20. 6.1954 Adenauer fordert Souveränität auch unabhängig von Ratifizierung des EVG-Vertrags.
- 19.–22. 8.1954 Ablehnung des EVG-Vertrags durch die französische Nationalversammlung.

28. 9.– 3.10.1954      Londoner Neun-Mächte-Konferenz erarbeitet Neuregelung für Westintegration und Wehrbeitrag der Bundesrepublik.
- 17.12.1954              NATO-Rat beschließt Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und verstärkte Ausrüstung mit taktischen Kernwaffen.
- 24.12.1954              Französische Nationalversammlung billigt französisch-deutsches Saarabkommen.
- 27.–30.12.1954        Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und zur WEU von der französischen Nationalversammlung gebilligt.
15. 1.1955              Sowjetregierung spricht sich für Abhaltung freier Wahlen in Deutschland aus.
27. 2.1955              Bundestag ratifiziert Pariser Verträge.
23. 3.1955              Eisenhower spricht sich für Gipfelkonferenz der vier Großmächte aus.
27. 3.1955              Französischer Rat der Republik ratifiziert Pariser Verträge.
5. 5.1955              Inkrafttreten der Pariser Verträge.
- 6./ 7. 6.1955            Heinrich von Brentano wird Außenminister.
7. 6.1955              Einladung der Sowjetregierung an die Bundesregierung zu Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.
- 18.–23. 7.1955        Genfer Konferenz der Regierungschefs der vier Großmächte.
- 9.–13. 9.1955        Verhandlungen zwischen Bundesregierung und Sowjetregierung in Moskau.
22. 9.1955              Erste Formulierung der „Hallstein-Doktrin“ in einer Note der Bundesregierung an die Westmächte.
- 22./23. 9.1955        Bundestag billigt die Moskauer Vereinbarungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.
- 23.10.1955              Bevölkerung des Saarlandes lehnt mit 67,7% der abgegebenen Stimmen das Saar-Statut ab.
- 27.10.–16.11.1955    Genfer Außenministerkonferenz.